

Kolumne Nr. 57/2025

Weshalb wir optimistisch in die nahe Zukunft schauen könnten

Phoenix der Tag v. 28.5.2025, 18 Uhr zum Gesetzentwurf des Innenministers Alexander Dobrindt zu Einbürgerung und Familiennachzug, der im Kabinett beschlossen wurde

Flüchtlinge ohne vollen Flüchtlingsstatus, die aus humanitären Gründen in Deutschland bleiben dürfen (subsidiärer Schutz), sind von der geplanten Einschränkung des Familiennachzugs betroffen. Etwa 1000 Familienangehörige durften im letzten Jahr monatlich nach Deutschland, also 12.000 im Jahr – eine sehr kleine Gruppe im Vergleich zu den über eine Million ukrainischen Flüchtlingen. Insbesondere sind Syrer von dieser Neuregelung betroffen. Nach Innenminister Dobrindt soll jetzt Schluss sein mit dem Familiennachzug, um die Kommunen zu entlasten.

Bei genauerem Hinsehen gibt es jedoch eine Härtefallklausel, wenn z.B. Familienangehörige keine angemessene medizinische Behandlung in ihrem Heimatland erhalten können. Diese Härtefallklausel sollte großzügig angewendet werden, auch um in Deutschland als Fachkräfte arbeitende Syrer zu motivieren. So ist bekannt, dass Tausende von Syrern im Gesundheitsbereich systemrelevante Arbeit verrichten – und als Fachkräfte unentbehrlich sind.

Weiterhin sieht der Kabinettsbeschluss vor, dass so genannte „Turbo-Einbürgerungen“ nach drei Jahren, die Mitte 2024 von der Ampelkoalition beschlossen wurden, abgeschafft werden sollen. Weiterhin gilt jedoch, dass eine Einbürgerung nach fünf Jahren möglich bleibt; vor der Gesetzesänderung durch die Ampelkoalition war lediglich eine Einbürgerung nach acht Jahren möglich. Der wesentliche Teil der etwa 200.000 Einbürgerungen im letzten Jahr bezog sich auf Menschen, die bereits sehr lange in Deutschland sind, sehr gut deutsch sprechen, und als Fachkräfte am Arbeitsmarkt gefragt sind. Weiterhin sollte Deutschland betonen, dass es ein Einwanderungsland ist – mit der Möglichkeit nach fünf Jahren eingebürgert zu werden. Dieser Weg steht grundsätzlich auch Syrern offen, die unter den subsidiären Schutz fallen.

Fachkräfte sind aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in Syrien gefragt. Da sich die Situation in Syrien nach dem Sturz des Assad-Regimes und der Aufhebung der US-Sanktionen stark verändert hat, könnten die geplanten Veränderungen des Familiennachzugs und der Einbürgerung für einige Syrer irrelevant werden – wenn sie sich für eine Rückkehr entscheiden, um dort als Fachkräfte am Aufbau ihres Landes mitzuwirken.

Prof. Dr. habil. Alexander Spermann lehrt Volkswirtschaftslehre an der gemeinnützigen FOM-Hochschule für Erwerbstätige in Köln und an der Universität Freiburg.